

Aufsätze



Dr. Thomas Hansjakob, Erster Staatsanwalt, St.Gallen

Wichtige Entwicklungen der Bundesgerichtspraxis zu Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs

Bemerkungen zu den Bundesgerichtsentscheiden [138 IV 232](#) vom 6.11.2012 und [1B_481/2012](#) vom 22.1.2013

Inhaltsübersicht

I. Einleitung

II. Drittüberwachungen

1. Die frühere Rechtslage
2. Die Rechtslage bei Einführung der StPO
3. Die Haltung des Bundesgerichtes
4. Schlussfolgerungen

III. Rückwirkende Erhebung von Verbindungsdaten

1. Die Rechtslage
2. Das konkrete Problem
3. Die Haltung des Bundesgerichtes
4. Würdigung

I. Einleitung

Das Bundesgericht hat in zwei neuen Entscheiden zur bisher stark umstrittenen Fragen der Zulässigkeit von Fernmeldeüberwachungen Stellung genommen. In [BGE 138 IV 232](#) erklärt es, die Überwachung von Drittanschlüssen sei schon dann zulässig, wenn davon auszugehen sei, dass der Beschuldigte darauf anrufen werde (und nicht erst, wenn der Beschuldigte den überwachten Anschluss selbst...

Dieses Dokument ist für Abonnenten oder Pay-per-Document-Kunden zugänglich.

Abonnieren ↗

Kaufen ↗

🔑 Login